

SVP-Klartext

Die Zeitung der Schweizerischen Volkspartei

kriminelle Ausländer 3

Prinzip rote Karte und Prinzip gelbe Karte



Tourismus in Gefahr 13

Hoteliere sind besorgt über abnehmende Sicherheit in Genf



Quelle: <http://en.wikipedia.org>

Schweizer Quiz 15

Sind Sie ein echter Schweizer? Testen Sie sich!



Quelle: <http://fr.wikipedia.org>



Für Ihre Drucksachen



Zofinger Tagblatt AG
Medien- und Printunternehmen
Zofinger Tagblatt AG, 4800 Zofingen
Tel. 062 745 93 93, www.ztonline.ch

Der Druck der SVP hat Wirkung gezeigt



Quelle: <http://www.parlament.ch>

In der Sommersession hat der Nationalrat eine Reihe von Massnahmen für eine glaubwürdige Asylpolitik angenommen. Auch wenn mehrere positive Beschlüsse getroffen wurden, bleibt noch viel Arbeit. SVP-Klartext zieht Bilanz auf den Seiten 4 und 5.

Einladung zur SVP-Bauern-Landsgemeinde

Samstag, 4. August 2012
bei Josef Kunz, Schlössli (Schlösslihubel)
6022 Grosswangen (LU)



» Seite 11



Europapolitische Weichenstellungen

Es ist der helle Wahnsinn. Die Sozialdemokratische Partei der Schweiz (SP) fordert erneut und unverblümt den EU-Beitritt als einzige Alternative zum bilateralen Weg. Der Bundesrat hat kurz nach der Sommersession beschlossen, Verhandlungen mit der Europäischen Union (EU) über institutionelle Fragen aufzunehmen. Er beabsichtigt mit diesen Verhandlungen eine weitgehende Unterordnung der schweizerischen Rechtsordnung unter jene der EU und wählt dabei einen ganz besonderen Ansatz.

Verpackt (versteckt) im sogenannten „Strom-Dossier“ möchte der Bundesrat eine Lösung für alle künftigen institutionellen Fragen mit der Europäischen Union vorgeben. Ein eigentliches Musterabkommen mit umfassender Tragweite und dem Charakter eines Kolonialvertrages wird so hinter einem technischen, sektoriellen Abkommen versteckt und würde uns für alle Zeit an die EU binden. Dies würde für die Schweiz einen gravierenden Souveränitätsverlust bedeuten. Die Folgen wären eine zwingende Übernahme von EU-Recht, eine Unterwerfung unter die Rechtsprechung der EU, die Schaffung einer neuen Überwachungsbehörde sowie zusätzliche Sanktionsmöglichkeiten.

Es ist unverständlich, dass der Bundesrat mit einer EU, welche sich in einer tiefgreifenden Krise befindet, Verhandlungen über eine weitere Anbindung der Schweiz führen will. **Die Fraktion der SVP im Bundeshaus hat daher in der Sommersession eine Motion für ein dreijähriges Verhandlungsmoratorium für institutionelle Fragen mit der EU eingereicht.**

Wieso sind in den nächsten drei Jahren keine Verhandlungen mit der EU über institutionelle Fragen zu führen? Die EU befindet sich in einer immer gravierenderen Verschuldungs- und Bankenkrise, welche deren Handlungsfähigkeit einschränkt und auf die Zukunft und Organisation der Gemeinschaft weitreichende und heute noch nicht absehbare Konsequenzen haben dürfte. So ist die künftige Ausgestaltung des Euro-Raumes völlig offen. Ebenso haben die EU-Staaten Gespräche über

eine koordiniertere Fiskal- und Haushaltspolitik in Aussicht gestellt. Der institutionelle Rahmen der EU könnte sich damit in den nächsten Jahren grundlegend verändern.

Mit dieser Ausgangslage und der damit verbundenen Unsicherheit über die künftigen Entwicklungen innerhalb der EU, liegen Verhandlungen über eine nähere Anbindung der Schweiz keinesfalls im Interesse unseres Landes. Es gibt auch überhaupt keinen zeitlichen und sachlichen Druck für entsprechende Abkommen. Jetzt blind vorwärtszumachen und mit der EU zu verhandeln, wäre für die Schweiz unverantwortlich.

Derweil geht die massive Zuwanderung in unser Land unvermindert weiter. **In den vergangenen 12 Monaten sind wiederum fast 80'000 Personen mehr in unser Land ein- als ausgewandert.** Dies entspricht der Einwohnerzahl der Stadt Luzern. Die Zunahme des Ausländerbestandes ist zu fast 87% auf Personen aus den EU/EFTA-Staaten zurückzuführen. Die Zahlen zeigen die dringende Notwendigkeit, zu einem System zurückzukehren, bei dem sich die Zuwanderung wieder eigenständig steuern lässt. Die SVP-Volksinitiative „gegen Masseneinwanderung“ haben wir somit absolut zum richtigen Zeitpunkt gesammelt und eingereicht. Es gilt, sich für die kommenden europapolitischen Weichenstellungen zu rüsten. Die SVP wird sich gegen eine breite Allianz von Parteien und Verbänden stellen müssen. Wir nehmen die Herausforderung an und werden für unsere unabhängige und souveräne Schweiz kämpfen!

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'Brunner', written in a cursive style.

Toni Brunner
Präsident SVP Schweiz

Ausschaffung Krimineller: Volkswille ist durchzusetzen

Am 23. Mai 2012 hat der Bundesrat auf Druck der SVP endlich die Vernehmlassung zur Umsetzung der von Volk und Ständen am 28. November 2010 angenommenen Ausschaffungsinitiative eröffnet. Der Bundesrat schlägt zwei mögliche Umsetzungsvarianten vor. Er bevorzugt dabei aber jene, welche sich am vom Volk und allen Ständen abgelehnten Gegenentwurf orientiert. Damit missachtet der Bundesrat den bestehenden, vom Volk gutgeheissenen Verfassungsartikel zur Ausschaffung krimineller Ausländer massiv.



von Nationalrätin Nadja Pieren, Vizepräsidentin SVP Schweiz, Burgdorf (BE)

Mit diesem Vorgehen ist bereits jetzt abzusehen, wie das Ergebnis des Vernehmlassungsverfahrens, das bis zum 30. September dauert, ausfallen wird. Die grosse Mehrheit der Parteien und die Kantonsregierungen waren ja bereits gegen die Ausschaffungsinitiative und für den Gegenentwurf. Sie standen und stehen damit im Widerspruch zum Volkswillen einer automatischen Ausschaffung für bestimmte schwere Straftaten.

Die SVP hat deshalb alle Vernehmlassungsteilnehmer angeschrieben. Diese werden gebeten, den vom Initiativkomitee und der SVP eingebrachten Gesetzesentwurf, welcher die korrekte Umsetzung des von Volk und Ständen angenommenen Verfassungsartikels ermöglicht, zu unterstützen.

Die SVP hat den den konkreten Willen der Behörden zur wirkungsvollen Umsetzung der Ausschaffungsinitiative – trotz Volksverdikt - stets be-

zweifelt. Deshalb hat sie bereits eine neue Volksinitiative, die sogenannte „Durchsetzungsinitiative“ erarbeitet. Diese liegt komplett ausgearbeitet in den drei Landessprachen in der Bundeskanzlei. Sobald die Bundeskanzlei alle Unterlagen geprüft hat und die Initiative im Bundesblatt veröffentlicht wird, kann die SVP mit der Sammlung der notwendigen 100'000 Unterschriften beginnen. Dies als klares Zeichen an das Parlament, dass der Volkswille umzusetzen ist. **Zum heutigen Zeitpunkt rechnen wir mit dem Beginn der Unterschriftensammlung im August 2012.**

der angenommenen Ausschaffungsinitiative gefordert – keine zweite Chance, sondern es wird direkt die „rote Karte“ gezeigt. Somit muss ein Täter das Land nach Verbüßung seiner Strafe automatisch verlassen. Betroffen von dieser Regelung sind u.a. Mörder, Vergewaltiger, Drogenhändler, Betrüger und Räuber.

Prinzip gelbe Karte

Bei anderen in der Initiative **genau definierten Delikten erfolgt die automatische Ausschaffung unter der Voraussetzung, dass der Ausländer bereits vorbestraft ist.** So erhält ein Ausländer, der aufgrund welchen Deliktes auch

immer, zu einer Freiheits- oder Geldstrafe verurteilt wird, quasi die „gelbe Karte“ gezeigt. Er weiss nun, dass er aus der Schweiz ausgewiesen wird, sofern er erneut straffällig wird: Zum Beispiel wenn er Straftaten begeht, welche die öffentliche Ordnung und Sicherheit in besonderem Masse beeinträchtigen, wie Raufhandel oder Gewalt gegen Beamte.

Prinzip rote Karte

Bei schweren in der Initiative genau definierten Delikten erfolgt zwingend und automatisch eine Ausschaffung.

Prinzip gelbe Karte

Bei anderen ebenfalls in der Initiative genau definierten Delikten erfolgt die automatische Ausschaffung dann, wenn der Ausländer bereits vorbestraft ist.

Die Durchsetzungsinitiative basiert auf der Ausschaffungsinitiative und gliedert sich in folgende zwei Bereiche:

Prinzip rote Karte

Bei schweren Delikten erfolgt **zwingend und automatisch** eine Ausschaffung. Der Täter erhält hier – wie von

Die Durchsetzungsinitiative ist die korrekte Umsetzung des Volkswillens. Auf „milde“ Richter kann der Kriminelle damit jedenfalls nicht mehr zählen. Der Ausschaffungs-Automatismus ist vom Volk gewollt, jetzt rasch umzusetzen und konsequent zu vollziehen.

4 Asylpolitik

Dank SVP sind Mitteparteien au

Am 20. Februar 2012 hat die SVP an einer Pressekonferenz ihre Anträge zur Asylgesetz-Revision vorgestellt. Von den damals präsentierten 45 Anträgen wurden nun über die Hälfte vom Nationalrat angenommen. Dank der SVP konnte die vorher zahnlose Asylgesetz-Revision verschärft werden. Mit Freude durfte zur Kenntnis genommen werden, dass die seriöse Vorbereitung der SVP auch die Mitteparteien aus dem Schlaf erwachen liess, welche mit einiger Verspätung (teilweise erst vor der Ratsdebatte) ebenfalls unterstützenswerte Anträge einbrachten und mithalfen, die Vorlage wirkungsvoller zu machen. Nun muss noch der Ständerat zeigen, ob er bereit ist, die Missstände im Asylwesen anzugehen und die vom Nationalrat eingeführten Verschärfungen zu übernehmen.



Asylspezialist Nationalrat Heinz Brand (Klosters, GR) hat mit seinen SVP-Kommissionskollegen eine Verschärfung des Asylgesetzes im Nationalrat erreicht.

Folgende wichtige Verschärfungen konnten im Nationalrat erreicht werden:

- Wehrdienstverweigerung ist keine Flüchtlingseigenschaft mehr
- Nachfluchtsgründe (z.B. pol. Tätigkeit in der Schweiz) gelten nicht mehr als Flüchtlingseigenschaft
- Auf Schweizer Botschaften können keine Gesuche mehr eingereicht werden
- Asylbewerber erhalten grundsätzlich nur noch Nothilfe
- Wiedererwägungs- und Mehrfachgesuche ohne neue Begründung werden formlos abgeschrieben
- 3 Motionen, welche auf Antrag der SVP von der staatspolitischen Kommission des Nationalrats eingereicht wurden, wurden angenommen:
 - Auftrag an Bundesrat für Verhandlungen mit Italien für ein Fast-Track-Abkommen zur schnellen Rückführung von Dublin-Fällen
 - Verstärkung der Grenzkontrollen, wenn Dublin nicht eingehalten wird
 - Entschädigung von Gemeinden mit Empfangszentrum mit einer Sicherheitspauschale



Folgende Änderungen wurden in eine dringliche Vorlage überführt, welche, sofern der Ständerat zustimmt, unverzüglich nach der Verabschiedung durch das Parlament in Kraft tritt:

- Wehrdienstverweigerer sind keine Flüchtlinge
- Aufhebung Botschaftsgesuche
- Bewilligungslose vorübergehende Nutzung von Bundesunterkünften
- Besondere Unterbringung von renitenten Asylsuchenden (inkl. Anpassungen im Zwangsmassnahmenbereich, Ausrichtung einer Sicherheitspauschale und Finanzierung von Beschäftigungsprogrammen an Standortkantone von Empfangs- und Verfahrenszentren)



s Dornröschenschlaf erwacht

Weitere vom Nationalrat angenommene Verschärfungen:

- Härtefallregelung (Erteilung der Aufenthaltsbewilligung B): nur wer vorher nicht strafbar geworden ist, erhält eine B-Bewilligung
- Renitente Asylbewerber können in besonderen Zentren untergebracht werden
- Einführung eines Vorgesprächs: wer keinen Asylgrund hat, soll schon dort mitgeteilt bekommen, dass sein Gesuch keine Chance hat und davon abgehalten werden, eines zu stellen
- Mitwirkungspflicht wird verstärkt: bei Untertauchen erlischt das Asylgesuch
- Kein Asyl mehr für nahe Angehörige von Flüchtlingen, nur noch für Ehepartner und minderjährige Kinder
- Asyl erlischt nach einem Jahr im Ausland
- Bei Beschwerden gegen Dublin-Entscheide: Die Beschwerde hat keine aufschiebende Wirkung (d.h. Überstellungen an den Dublin-Staat können trotz Beschwerde unverzüglich vorgenommen werden), Unangemessenheit gilt nicht mehr als Begründung für Beschwerden gegen Dublin-Entscheide
- Senkung der Frist für Wiedererwägungsgesuche auf 30 Tage (heute 90 Tage)
- Ausweisungen in sichere Herkunftsstaaten sind in jedem Fall zumutbar
- Alle EU/EFTA-Staaten gelten in jedem Fall als sichere Staaten
- Die „Vorläufige Aufnahme“ erlischt bei einem Auslandsaufenthalt von mehr als 2 Monaten oder wenn in einem anderen Land ein Asylgesuch gestellt wird
- Vorläufig Aufgenommene können ihre Familie erst nach 5 Jahren nachziehen (heute bereits nach 3 Jahren)

Leider konnte sich die SVP nicht mit all ihren Anliegen durchsetzen. Mit folgenden Forderungen blieb sie im Nationalrat in der Minderheit:

- Einführung von geschlossenen Zentren für renitente Asylbewerber
- Beschwerden gegen negative Asylentscheide werden an eine Beschwerdeinstanz im EJPD und nicht mehr ans Bundesverwaltungsgericht, welches das Verfahren oft massiv verlängert, gestellt
- Aufhebung der Härtefallregelung: keine Aufenthaltsbewilligungen mehr für vorläufig Aufgenommene
- Abschaffung des Familienasyls: die Familie eines Flüchtlings erhält nicht mehr automatisch ebenfalls den Flüchtlingsstatus
- Streichung der unentgeltlichen Rechtspflege für alle Asylbewerber
- Bei Wegweisungen wird die Einheit der Familie nicht mehr beachtet

Wie geht es nun weiter?

Die Differenzen der Vorlage werden in der Herbstsession im Ständerat beraten. Je nach Anzahl der Differenzen wird die Gesetzesänderung in der Herbst- oder in der Wintersession bereinigt und verabschiedet. Die dringliche Vorlage wird einen Tag nach Annahme in den Schlussabstimmungen in Kraft treten – also im Herbst oder Winter 2012. Gegen die gesamte Vorlage wird wohl von den linken Parteien und der Flüchtlingsindustrie das Referendum ergriffen werden, so dass die „nicht dringlichen“ Änderungen erst danach in Kraft treten können – also Mitte bis Ende 2013.

Doch selbst wenn das Asylgesetz in der verschärften Version des Nationalrates verabschiedet und in Kraft treten sollte, so liegt es in erster Linie an dessen Umsetzung, also am Vollzug, ob die Missstände im Asylwesen behoben werden oder nicht. Leider fehlt es bereits mit der heutigen Asylgesetzgebung am Willen der meisten Akteure, eine harte Linie zu fahren und die bereits bestehenden Möglichkeiten zu nutzen. Dies machte die gesetzlichen Verschärfungen erst nötig. Umso wichtiger ist es nun, dass der Bundesrat, das Bundesamt für Migration, aber auch die Gemeinden und Kantone endlich in die Pflicht genommen werden, die vom Parlament beschlossenen Verschärfungen umzusetzen. Nur so kann die Glaubwürdigkeit des Schweizer Asylwesens und dessen Akzeptanz in der Bevölkerung wiederhergestellt werden.



6 Energiepolitik

Luftschloss Energiepolitik 2050

Eine sichere, unabhängige und kostengünstige Stromversorgung ist auch in Zukunft elementar für Wachstum und Wohlstand unseres Landes. Die SVP hat sich stets dafür eingesetzt und verlangt, dass sich auch die künftige Stromproduktion an diesen Massstäben zu orientieren hat. Realitätssinn und politische Machbarkeit statt Idealismus, Hoffnung und Glauben muss die Devise sein.



von Nationalrat Hans Killer,
Untersiggenthal (AG)

Ein Jahr nach dem medial gross angekündigten Ausstieg aus der Kernenergie durch den Bundesrat herrscht immer noch weitgehend Ratlosigkeit zur Stromzukunft. Der Bundesrat hat zwar seine Vorstellungen zu den erforderlichen Massnahmen unter dem Titel „Eckwerte der Energiepolitik 2050“ veröffentlicht. Wer nun aber glaubt, dass bei der Frage zur künftigen Stromversorgung Klarheit herrscht, sieht sich einmal mehr arg getäuscht. Die beabsichtigten Massnahmen beschränken sich weiterhin auf Einsparungen, Importe, erneuerbare Energien und neue Gaskraftwerke. Trotz langem Zeithorizont und damit (beab-

sichtigter) Ungenauigkeit werden die formulierten Ziele nur rund zur Hälfte erreicht. Konkrete Aussagen, wie sie für einen definitiven Entscheid des Parlamentes zwingend notwendig sind, fehlen. Auf dieser Basis werden Beschlüsse zu einer künftigen, gesicherten Stromversorgung zu unverantwortbaren Risiken für Arbeitsplätze und Konkurrenzfähigkeit unserer Wirtschaft.

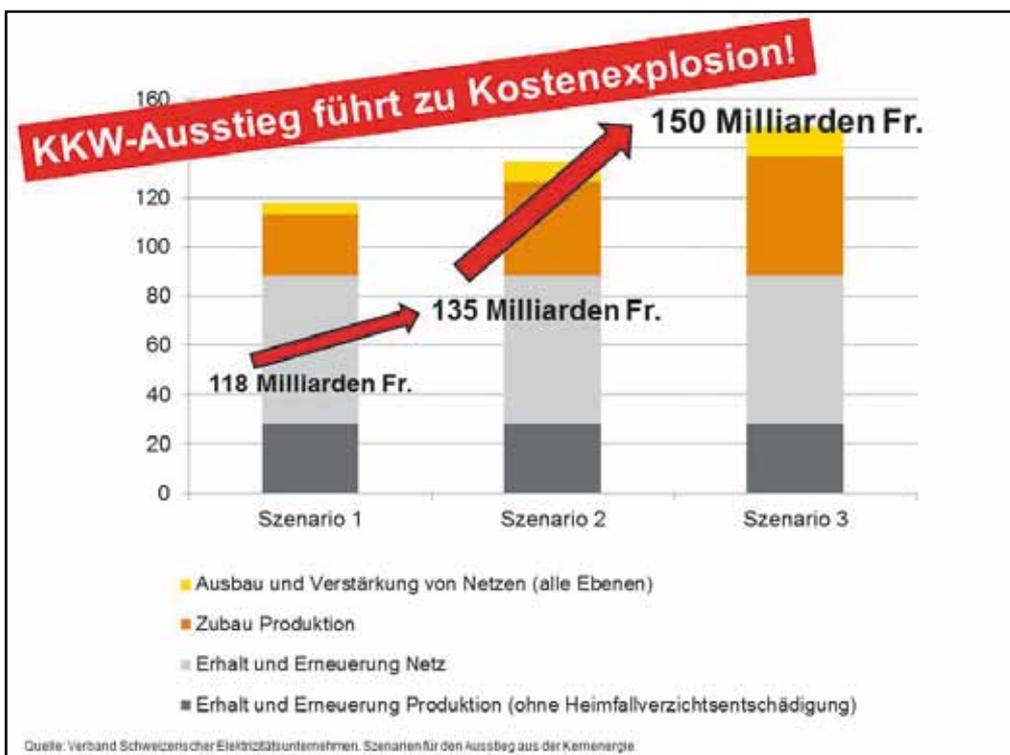
Erstaunlich ist, dass die Strombranche, welche auch in Zukunft für die Stromproduktion verantwortlich ist und einen Versorgungsauftrag zu erfüllen hat, bisher nur marginal in die Erarbeitung der künftigen Stromstrategie einbezogen wurde. Man gewinnt den Eindruck, alle hätten etwas zur Problemlösung zu sagen und beizutragen, nur die Betroffenen nicht! Die Branche hat nun reagiert: Sie hat auf der Basis des vom Bundesrat vorgegebenen Rahmens Szenarien vorgestellt, wie die künftige Stromstrategie für unser Land aussehen könnte. Zentrale Aussa-

ge der Versorger ist, dass die ambitionierten Ziele der neu definierten Schweizer Stromzukunft ohne Gaskombikraftwerke und ohne Importe von nicht erneuerbarer Energie selbst bei sehr weitreichenden Stromsparmassnahmen und massiven neuen Abgaben und Gebühren praktisch nicht erreichbar sind.

Die SVP hat in den Debatten zu einem möglichen Ausstieg aus der Kernenergie stets auf diese Tatsache hingewiesen. Die Stromversorgung ist zu wichtig, als dass man sie Glücksrittern, Phantasten und Utopisten überlassen darf. **Die Darstellungen der Branche zeigen zudem deutlich, dass die Kosten für einen etwaigen Ausstieg nicht nur exorbitant hoch sind (118-150 Milliarden Franken je nach Szenario), sondern auch, dass selbst wenn alle Massnahmen durchgeführt würden, keinerlei Sicherheit für eine funktionierende Stromproduktion besteht.** Es ist mehr als erschreckend zu sehen, mit welcher Naivität und Sorglosigkeit der Bundesrat und das Parlament aufgrund einer mehr als dürftigen Faktenlage, dafür mit einer gehörigen Portion Wunschenken, den Ausstieg in die Wege geleitet haben.

Es liegt nun an der SVP und der Wirtschaft, diesem veritablen Irrsinn ein schnelles Ende zu bereiten. Die Zahlen sprechen Klartext: Die Energiestrategie 2050 des Bundes ist ein Rohrkrepiierer und führt nur zu milliardenschweren neuen Abgaben und Gebühren, Steuererhöhungen, mehr Emissionen, einer verstärkten Abhängigkeit vom Ausland, Gefährdung der Versorgungssicherheit, staatlicher Regulierungswut und Erziehungsmassnahmen sowie einem markanten Verlust an Wachstum und Wohlstand.

Wollen wir dies wirklich?



Kostensenkung: Es gibt gute Rezepte

Die qualitativ hochstehende Gesundheitsversorgung in der Schweiz hat eine Kehrseite: Die permanent steigenden Kosten, welche zu immer höheren Prämien führen. Die Menschen werden immer älter, die chronischen Krankheiten nehmen zu, die Medizin wird immer besser – und teurer. Seit Einführung des Krankenversicherungsgesetzes (KVG) sind die Kosten von 37 auf 62 Milliarden Franken pro Jahr gestiegen.



von Nationalrat Jürg Stahl,
Brütten (ZH)

Die Regulierungswut des Staates nimmt ebenfalls zu. Insbesondere die Rollenvielfalt der Kantone im Spitalbereich ist problematisch: Sie besitzen und betreiben Spitäler, sie legen Preise und Tarife für medizinische Leistungen fest, sie sind für Bewilligungen und Kontrollen zuständig und sie sagen, welche Spitäler auf die sogenannten Spitallisten kommen. Rund 40% unserer Prämien fliessen in diesen Bereich ebenso wie einiges an Steuergeldern. Der Bund und das Bundesamt für Gesundheit bestimmen unter anderem die Medikamentenpreise sowie die Prämien, welche die Krankenkassen erheben dürfen. Viel Staat und Regulierung verringern die Kosten nicht, im Gegenteil.

Wie aber sieht es auf der Seite der Leistungserbringer (Ärzte, Spitäler, Krankenkassen, Pharmaunternehmen usw.) aus? Die geltenden gesetzlichen Rahmenbedingungen sind eng und verhindern den Wettbewerb. Durch den Vertragszwang sind heute die Krankenversicherer verpflichtet, mit allen Leistungserbringern zusammenzuarbeiten, d.h. sie müssen vereinfacht gesagt jede Rechnung von jedem Arzt und jedem Spital zahlen. Die Aufhebung des Zulassungsstopps für Ärzte hat über die

vergangenen Monate bereits zu über 1'000 neuen Praxisbewilligungen geführt. Die Mehrkosten werden entsprechend ausfallen: geht man von einem Umsatz von durchschnittlich 500'000 Franken pro Arztpraxis aus, wäre jährlich mit Mehrkosten von rund 500 Millionen Franken zu rechnen.

Aus Sicht der SVP ist, wie in anderen Lebens- und Wirtschaftszweigen, auch im Gesundheitswesen der Wettbewerb eines der wichtigsten Prinzipien, um Kosten zu senken und gleichzeitig die Qualität zu halten oder zu erhöhen.

Die Verwaltungskosten der Krankenkassen liegen mit 5 – 6% vergleichsweise tief, was daher rührt, dass zwischen diesen Wettbewerb herrscht. Die Krankenkassen sind im Grunde der starke Partner der Versicherer, welcher angemessene Kosten

gezwungen sind, Prämien – welche laufend steigen – zu bezahlen, denken manche, derjenige, an welchen sie die Prämien zahlen müssen sei der Schuldige.

Wie also weiter im Gesundheitswesen? Es gibt unterschiedlich Lösungsideen, doch müssen wir zuerst Antworten auf einige grundsätzliche Fragen finden: Wer will sich wie viel leisten? Was hat uns das Versicherungsobligatorium gebracht und ist es in der heutigen Form richtig und haltbar? Was gehört tatsächlich in den Grundversicherungskatalog? Macht es Sinn, wenn junge Menschen und junge Familien im Schnitt viel zu hohe Prämien zahlen und dafür vom Staat Prämienverbilligungen erhalten müssen? Wie lassen sich Missbräuche, sowohl auf Patienten- wie auf Ärzte-seite, für welche das System ebenfalls anfällig ist, wirkungsvoll bekämpfen? Wie können wir die Eigenverantwortung eines jeden einzelnen wieder mehr in den Vordergrund rücken und die Allgemeinheit entlasten? Wie können wir erreichen, dass vor allem die guten Ärzte und Spitäler uns versorgen und nicht jeder vom Kuchen

“
Seit Einführung des Krankenversicherungsgesetzes (KVG) sind die Kosten von 37 auf 62 Milliarden Franken pro Jahr gestiegen.
”

und hohe Qualität für uns einfordern sollte. Allein im Jahre 2012 konnten durch Massnahmen der Versicherer rund 2.5 Milliarden Franken eingespart werden, davon 1 Milliarde durch Tarifverhandlungen. Weil wir durch das Versicherungsobligatorium aber

naschen kann, so dass wir den Kuchen laufend vergrössern müssen. **Die SVP verschliesst sich diesen Fragen nicht und wird weiterhin für Freiheit, Wettbewerb und hohe Qualität zu fairen Preisen im Schweizer Gesundheitswesen kämpfen.**

Taten statt Worte: Beispiele

Das hat die SVP erreicht:

Endlich Verschärfungen im Asylgesetz

Viele der von der SVP eingebrachten Anträge zur Verschärfung der bislang zahnlosen Asylgesetz-Revision wurden vom Nationalrat angenommen. Nun ist der Ständerat an der Reihe, die verschärfenden Massnahmen zu übernehmen und eine rasche Umsetzung voranzutreiben. Dank Dringlichkeitserklärung einiger Punkte könnten bereits im Herbst die ersten Verschärfungen in Kraft treten.

Erste Lichtstrahlen in der Dunkelkammer Ständerat

Der Ständerat zeigt sich zum ersten Mal bereit, seine Abstimmungen elektronisch und dadurch für die Öffentlichkeit transparent durchzuführen. Knapp mit nur 22 zu 21 Stimmen bei einer Enthaltung hat der Ständerat eine parlamentarische Initiative von SVP-Ständerat This Jenny (GL) angenommen. Der Vorstoss geht nun an die zuständige Kommission zur Ausarbeitung. Es bleibt zu hoffen, dass dann auch die ausgearbeitete Vorlage angenommen wird, damit endlich Licht in die Dunkelkammer kommt.

Richterstaat durch Verfassungsgerichtsbarkeit ist vorläufig vom Tisch

Der Ständerat hat sich mit 27 zu 17 Stimmen im Sinne der SVP gegen die Einführung der Verfassungsgerichtsbarkeit ausgesprochen. Der Souverän und das Parlament sollen bei der Gestaltung von Gesetzen auch in Zukunft bestimmend sein und nicht die Gerichte. Die Vorlage geht nun zurück an den Nationalrat, welcher die Einführung der Verfassungsgerichtsbarkeit befürwortete. Sollten sich am Ende beide Räte für die Verfassungsgerichtsbarkeit aussprechen, hätte das Volk das letzte Wort.

Als „Bonussteuer“ getarnte neue Unternehmenssteuer abgewendet

Obwohl die meisten Anliegen der Volksinitiative „gegen die Abzockerei“ bereits in einem indirekten Gegenvorschlag aufgenommen wurden, wollte das Parlament der Initiative auch einen direkten Gegenvorschlag mit einer „Bonussteuer“ gegenüberstellen. Danach hätten Unternehmen Löhne von mehr als 3 Millionen Franken jährlich nicht mehr als Geschäftsaufwand abziehen können – was einer neuen Unternehmenssteuer gleichgekommen wäre. Erfreulicherweise, konnte diese Vorlage jedoch in der Schlussabstimmung im Nationalrat abgelehnt werden.



aus der Sommeression



Das haben wir den Mittelparteien zu verdanken:

Massive Erhöhung der Entwicklungshilfe

Der Nationalrat hat die vom Bundesrat beantragte massive Erhöhung der Entwicklungshilfe ohne jegliche Kürzung oder Bedingung übernommen. Ein Antrag der SVP, den Rahmenkredit über vier Jahre auf 9.6 Milliarden, anstatt der vom Bundesrat geforderten 11.35 Milliarden Franken, zu kürzen, blieb chancenlos. Während für Ausgaben zur Sicherheit der Schweiz Sparprogramme und Volksabstimmungen gefordert werden, winkt das Parlament masslose Erhöhungen für die Entwicklungshilfe ohne Kompensation und Referendumsmöglichkeit durch. Und dies, obwohl die Ausgaben für die Entwicklungshilfe in den letzten 10 Jahren bereits um 87% angewachsen sind!

Abgeltungssteuerabkommen - Zugeständnisse ohne Gegenforderungen

Die Abgeltungssteuerabkommen mit Deutschland und dem Vereinigten Königreich (Grossbritannien) verlangen von der Schweiz nach den sogenannten Nachbesserungen tiefgreifende und folgenreiche Zugeständnisse, sowohl was die Höhe der Steuersätze wie auch die weitere Aufweichung der Privatsphäre anbelangt. Das Prinzip der Gegenseitigkeit wird dabei nicht gewährleistet und es wurden auch keine anderen zufriedenstellenden Gegenforderungen gestellt. Aus diesen Gründen hat die SVP die Abkommen im Parlament abgelehnt. Die Mehrheit von National- und Ständerat sah dies jedoch anders und verhalf den Abkommen zum Durchbruch.

Weniger Föderalismus durch Raumplanungsgesetz

Die angenommene Vorlage schwächt einmal mehr den Föderalismus und die Kompetenzen der Kantone und Gemeinden. Die Beschränkung der zulässigen Baureserven sowie die dadurch angestrebten Rückzonungen wie auch die Verpflichtung zum Bauen führen zu massiven Beschneidungen der Eigentumsrechte. Mit der Mehrwertabgabe wurde zudem eine weitere Steuer eingeführt. Die SVP hatte die Vorlage stets bekämpft und konnte dank konsequenter Haltung noch Schlimmeres verhindern. So konnte im neuen Gesetz dank der SVP wenigstens die Stärkung des Kulturlandes verankert und damit die Rahmenbedingungen der Schweizer Landwirtschaft verbessert werden.



10 Fraktionsausflug

Zwischen Seen und Bergen

Am 6. Juni empfing der neue Fraktionspräsident Adrian Amstutz die SVP-Fraktion und weitere Gäste in seiner Heimat, dem Berner Oberland. Nicht weniger als 120 Personen nahmen am traditionellen Ausflug der SVP-Bundeshausfraktion teil, der mit einer Schifffahrt auf dem Thunersee begonnen hat. Die Gäste besuchten das Schloss Oberhofen, das durch seine Geschichte und imposanten Räumlichkeiten beeindruckte. Am Abend ging es nach Sigriswil, dem Wohnort von Adrian Amstutz. Nachdem sich die Gäste beim Fischen in der Grabenmühle messen konnten, folgte ein gemütliches Abendessen, an welchem Bundesrat Ueli Maurer die Gelegenheit nutzte, einige Worte an die Anwesenden zu richten.



Das bekannte Schloss Oberhofen am Thunersee, welches nach der Schlacht von Sempach von bernischen Truppen besetzt wurde.



Fraktionspräsident Adrian Amstutz heisst die Gäste in seiner Heimat Sigriswil willkommen.



Unter Aufsicht von Nationalratspräsident Hansjörg Walter versucht sich Nationalrat Thomas Aeschi im Fischen.



Während des Abendessens richtet Bundesrat Ueli Maurer einige Worte an die Gäste.

Einladung zur SVP-Bauern-Landsgemeinde



Heimische Nahrungsmittelproduktion statt zusätzliche Förderung der Importe!

Liebe Bauernfamilien, liebe SVP-Bäuerinnen und SVP-Bauern,
liebe Interessierte an der schweizerischen Landwirtschaft

Im Herbst beschliesst das Parlament über die neue Agrarpolitik 2014 – 2017. Die von Bundesrat Schneider-Amman verabschiedete Strategie schwächt unsere produzierende Landwirtschaft. Die Sicherung und Erhaltung der Produktionsgrundlagen soll es unseren Bauern erlauben, den heutigen Selbstversorgungsgrad der Schweiz mit gesunden, marktnah produzierten Nahrungsmitteln mindestens aufrecht zu erhalten und wenn möglich auszubauen. Dies ist auch ökologisch sinnvoller, als wenn Landwirtschaftsprodukte importiert und über ganze Kontinente transportiert werden.

Die SVP lädt Sie daher zu dieser SVP-Bauern-Landsgemeinde ein. Wir kämpfen für die produzierende Landwirtschaft. Wir setzen uns für ein besseres Einkommen für die Bauernfamilien ein. Ohne gesunden Bauernstand gibt es keine gesunde Schweiz. Ganz nach dem Motto: «Heimische Nahrungsmittelproduktion statt Förderung der Importe».

Setzen Sie mit Ihrem Kommen und demjenigen Ihrer ganzen Familie ein klares Zeichen gegenüber unserem Bundesrat und dem Parlament zugunsten der heimischen Nahrungsmittelproduktion. Jetzt braucht es Widerstand – für unsern Bauernstand.

Ihr

Toni Brunner
Nationalrat, Präsident SVP Schweiz



**Samstag, 4. August 2012
bei Josef Kunz, Schössli (Schösslihubel)
6022 Grosswangen (LU)**

**Die Landsgemeinde findet unter freiem
Himmel statt.**

Zufahrt von der Kirche her signalisiert. Parkplätze sind vorhanden, wer will, kann auch mit dem Traktor kommen, per Bahn und Postauto bis Grosswangen-Post (ca. 800 m zu Fuss bis zum Schösslihubel)

- 10.30 Uhr** Besammlung
- 11.00 Uhr** Begrüssung und Ansprache
Josef Kunz, Präsident bäuerliches Zentrum, Grosswangen (LU)
- 11.10 Uhr** Begrüssungsansprache
*Nationalratspräsident und Bauernpräsident
Hansjörg Walter, Wängi (TG)*
- 11.20 Uhr** Kampf für die produzierende Landwirtschaft
Nationalrat Andreas Aebi, Alchenstorf (BE)
- 11.30 Uhr** Die volkswirtschaftliche Bedeutung der heimischen
Nahrungsmittelproduktion
Nationalrat Hansjörg Knecht, Leibstadt (AG)
- 11.40 Uhr** Die Forderungen der SVP an die AP 14-17
Nationalrat Albert Röstli, Uetendorf (BE)
- 11.50 Uhr** Kein Freihandel mit der EU
Nationalrat Jean-Pierre Grin, Pomy (VD)
- 12.00 Uhr** Mittagspause (für Verpflegung ist gesorgt)
- 12.35 Uhr** Widerstand jetzt: Rechte Bauern statt linke Grünpfleger
*Nationalrat Toni Brunner, Parteipräsident SVP Schweiz,
Ebnet-Kappel (SG)*
- 12.50 Uhr** Verabschiedung Resolution zuhanden Bundesrat

Zögern Sie nicht, sich bei Fragen und/oder Ideen mit Silvia Bär, stv. Generalsekretärin SVP Schweiz, in Verbindung zu setzen. Telefon: 031 300 58 58 oder baer@svp.ch.



ATEMBERAUBEND SCHÖN. UNWIDERSTEHLICH EFFIZIENT. DER JAGUAR XF 2.2 DIESEL.

Erleben Sie den neuen JAGUAR XF und damit höchste Effizienz. Mit seiner neuen Optik, dem aufgewerteten Interieur und dem effizientesten Hightech-Motor aller Zeiten lässt er keine Wünsche offen. Geniessen Sie den grosszügigen Luxus, den Sie sich schon immer gewünscht haben, und das zu Konditionen, von denen Sie bisher nur träumen konnten.



Kompetenz und Dienstleistung
bei Ihrem JAGUAR-Fachmann.

Zum sensationellen Swiss Deal Preis: CHF 59 500.-*

- 8-Stufen-Automatik
- Stopp/Start-Technologie
- 5.4 Liter/100 km
- Energieeffizienz-Kategorie A
- 3 Jahre JAGUAR Free Service*

Erleben Sie jetzt bei Ihrem JAGUAR-Fachmann, wie lebendig Sie sich im JAGUAR XF fühlen können, und vereinbaren Sie noch heute eine Probefahrt.

JAGUAR.CH

HOW ALIVE ARE YOU?



* Abgebildetes Modell: XF 2.2-Liter-Diesel, 190 PS, CHF 59 500.-, Normverbrauch 5.4 l/100 km, CO₂-Emission 149 g/km (Durchschnitt aller Neuwagen in der Schweiz 159 g/km), Effizienzklasse A. Swiss Deal: gültig vom 11.1.2012 bis auf Widerruf (Immatrikulationen in der Schweiz) auf den XF-Modellen des Modelljahrganges 2012. JAGUAR Free Service: 3 Jahre kostenlose Wartung ohne Kilometerbegrenzung, inklusive Flüssigkeiten.

Genf immer mehr eine Kriminellenhochburg

Genf, die schöne Calvinstadt am Lac Lemman ist zu Recht stolz darauf, Heimat vieler prominenter Persönlichkeiten und Sitz zahlreicher prestigeträchtiger internationaler Unternehmen und Organisationen zu sein. Lockte die Schönheit und die Internationalität der Stadt in der Vergangenheit vor allem Geschäftsleute und Touristen an, zieht Genf heute leider eine ganz neue Kundschaft an – Kriminelle und das organisierte Verbrechen.



von Nationalrätin Céline Amaudruz, Pupliche (GE)

Ohne Zweifel ist Genf heute eine sehr beliebte Destination für Diebe und Betrüger. Nach und nach scheinen nun auch die Medien und Gelehrte festzustellen, dass es im Bereich der Kriminalität zwischen den verschiedenen Regionen der Schweiz - vor allem zwischen der Romandie und der Deutschschweiz - grosse Unterschiede gibt. Der Grund dafür ist der grenzüberschreitende Personenverkehr.

Gemäss dem bekannten Kriminologen Martin Kiliass weist die grenznahe westliche Region von Lyon bis hinauf ins Elsass eine hohe Dichte an osteuropäischen Migranten auf, für welche es in der Schweiz einfacher und lukrativer ist, kriminellen Aktivitäten nachzugehen, als im übrigen Europa. Städte wie beispielsweise Zürich sind weniger von der grenzüberschreitenden Kriminalität betroffen, da sich an der nördlichen Landesgrenze weniger Migranten mit krimineller Energie tummeln.

Mit anderen Worten, in der Schweiz und insbesondere in Genf hat eine unerwünschte Art von Tourismus Zulauf – **der Kriminaltourismus**. Er ruiniert den guten Ruf unseres Landes, schädigt unsere Wirtschaft, zersetzt unsere Gesellschaft und wirkt sich **negativ auf den**

klassischen Tourismus aus, indem der Ruf unseres Landes als sichere Ferien-destination Schaden erleidet.

Die Sorgen schweizerischer Hoteliers und Gastwirte aufgrund negativer Berichte im Ausland über die Schweiz und deren Sicherheit sind nachvollziehbar. Unser Land wird nicht bloss wegen der schönen Landschaft, Kunst und Kultur oder der Gastronomie als Ferienziel ausgesucht, sondern auch gerade wegen schweizerischer Tugenden wie Sicherheit, Sauberkeit und Zuverlässigkeit. Gäste, die sich nicht (mehr) wohl fühlen, werden nicht wiederkommen.

Es ist deshalb dringend notwendig, dass die permanent steigende Kriminalität mit einer konsequenten und rigorosen Politik bekämpft wird und nicht auf die lasche Art, wie sie von den übrigen bürgerlichen Parteien propagiert wird. **Die Unsicherheit, die Kriminalität und die zunehmende Gewalt dürfen sich nicht weiter ausbreiten, sonst wenden sich in Zukunft viele Touristen und Gäste von der Schweiz ab.**

Das Beispiel Genf zeigt diese Sensibilität deutlich auf. Auch als Folge der zunehmenden Sicherheitsdefizite geht der Tourismus in der Rhonestadt kontinuierlich zurück. Die offizielle Beherbergungsstatistik des Bundes zeigt, dass die Übernachtungen im Monat April 2012 gegenüber dem Vorjahr, als die Werte auch

bereits tief waren, um weitere 5 Prozent abgenommen haben. Diese Entwicklung ist bei weitem nicht nur auf den starken Franken zurückzuführen!

Dieser Übernachtungsrückgang ist äusserst besorgniserregend und bedroht die Tourismusbranche ernsthaft. Bereits mehr als 10'000 Arbeitsplätze sind in diesem Sektor in der



Quelle: <http://fr.wikipedia.org>

Nächtlicher Einsatz der Genfer Polizei. Solche Szenen sind in Genf alltäglich.

jüngsten Vergangenheit verlorengangen. Die Sicherheit war immer ein zentraler Standortvorteil und ein wichtiger Wert unseres Landes. Umso entscheidender ist, dass unsere Behörden unverzüglich Massnahmen zu deren Verbesserung ergreifen. Dies ist auch für die Mitarbeiter von internationalen Unternehmen und Organisationen und deren Familien von grosser Bedeutung.

Unannehmbar – entwürdigend – schädlich!

Wer noch zur Schweiz und zu ihrer Stärke steht, unterschreibt das Referendum gegen die schädlichen Steuerabkommen mit Deutschland, Grossbritannien und Österreich.

Denn die Abkommen

- wurden vom EU-Ausland erpresst
- schwächen den Finanz- und Werkplatz Schweiz
- bedrohen Tausende von Arbeitsplätzen
- hebeln die Souveränität aus
- zwingen uns zu Milliardenzahlungen ohne Gegenleistung
- machen uns zum Steuereintreiber für EU-Staaten
- schützen das Bankkundengeheimnis keineswegs
- stoppen die Angriffe auf die erfolgreiche Schweiz nicht.

So bestellen Sie den Unterschriftenbogen:

Tel. 031 356 27 27
Fax 031 356 27 28
E-Mail: info@referendum.ch

Spenden dringend erwünscht auf: PC 30-10011-5

Name, Vorname _____

Adresse _____

PLZ, Ort _____

Anzahl Bogen _____

Einsenden an: AUNS, Postfach 669, 3000 Bern 31



HEGUSEBA
Umweltbewusste Systeme
für gesundes Wohnen

Die Produkte
Infrarot Heizsysteme
Infrarot Badtuchwärmer
PV-Anlagen/Solarstrom

RONDOM
Mauerentfeuchtung

MAXIMUS®
Der Energieoptimierer

HEGUSEBA, CH-9442 Berneck, info@heguseba.ch, Tel. 071 744 57 28



Seit Jahren bekannt für physikalisch induktive
Kalk- und Rostschutztechnik

Sirox Cleantech GmbH Tel. 056 427 20 14
www.wassertrinker.ch info@sirox.ch



Haus der Freiheit



Sommerzeit – Ausflugszeit!

Besuchen Sie mit Ihrer Sektion oder Ihrem Verein Toni Brunner im Haus der Freiheit!

Urgemütliche Gaststube ◊ Saal für Gesellschaften ◊ Einfache Zimmer für Übernachtungen
schönes Wandergebiet ◊ Ferienwohnung auf Anfrage

Öffnungszeiten: Dienstag – Sonntag geöffnet ◊ Montag ganzer Tag geschlossen

Herzlich willkommen im schönen Toggenburg!

Kontakt: 071 993 10 01, info@hausderfreiheit.ch, www.hausderfreiheit.ch
Adresse: Wintersberg, 9642 Ebnat-Kappel/SG

Anfahrt: Von Wattwil kommend Umfahrungsstrasse Ebnat-Kappel benutzen, vor Krummenau links
Richtung Bendel / Hemberg / Wintersberg abbiegen und bergwärts fahren. Ca. 2 km ab Hauptstrasse.

Impressum

Auflage: 60 000 Exemplare
Herausgeberin: Stiftung SVP-Pateizeitung
Erscheinungsweise: 11x/Jahr
Verantwortlich: Kevin Grangier
Adresse: SVP-Klartext, Postfach 8252
3001 Bern - klartext@svp.ch

Druck: Zofinger Tagblatt AG, Henzmannstrasse 20
4800 Zofingen - www.ztonline.ch
Abonnement: Fr. 35.- jährlich für Nicht-Parteimitglieder
Gratis für Parteimitglieder - klartext@svp.ch
Inserate: Kevin Grangier- klartext@svp.ch
Fotos: Seite 1 - Mitte: Services du Parlement 3003
Berne. Oben links: Wouter Hagens, Own

Fotos: work, 3.8.11. Unten links: Fabrice Blanc, travail personnel, 11.9.10.
Seite 4 - SVP Graubünden.
Seiten 8-9 - Services du Parlement 3003 Berne.
Seite 10 - SVP Schweiz
Seite 13 - Abraham Del Pozo
Seite 15 - Links: Wouter Hagens, Own work, 3.8.11. Mitte: Fabrice Blanc,
travail personnel, 11.9.10. Rechts: Telnet, 24.09.03

Sind Sie ein echter Schweizer?

Geschichte, Geografie und Heldentaten. Machen Sie mit beim SVP-Sommerquiz 2012 und testen Sie in sechs Fragen Ihr Wissen über die Schweizer Kultur.

1. In welchem Jahr wurde der Kanton Solothurn in die Eidgenossenschaft aufgenommen?

- 1476 1481 1501

2. Die am weitesten im Westen gelegene Gemeinde der Schweiz liegt im Kanton Genf. Wie heisst sie?

- Chancy Cartigny Dardagny

3. In welchem Jahr gelang Bertrand Piccard mit der Breitling Orbiter 3 die erste Weltumrundung mit einem Ballon ohne Zwischenlandung?

- 1996 1998 1999

4. Im Tessin gibt es eine Gemeinde, die Deutsch als offizielle Sprache anerkennt. Um welche Gemeinde handelt es sich dabei?

- Bosco/Gurin Airolo Tremola

5. In welchen beiden Kantonen liegt der höchste Punkt des Pilatus?

- Luzern und Obwalden Luzern und Nidwalden Obwalden und Nidwalden



Quelle: <http://en.wikipedia.org>
Genf, die bekannte Reformatorstadt.



Quelle: <http://fr.wikipedia.org>
Auf dem Gipfel des Pilatus geniesst man freie Aussicht auf Luzern



Quelle: <http://fr.wikipedia.org>
Bosco/Gurin im Maggiatele ist bekannt für sein Skigebiet

Antworten
Frage 1: Solothurn wurde gleichzeitig mit Freiburg im Jahr 1481 in die Eidgenossenschaft aufgenommen. Der Aufnahme waren anlässlich der Tagssatzung in Stans hitzige Diskussionen vorausgegangen, die erst dank der Vermittlung des Einsiedlers Niklaus von der Flüe ein gutes Ende fanden.
Frage 2: Chancy. Der Bahnhof der Gemeinde liegt auf französischem Staatsgebiet in der Nachbargemeinde Pougny.
Frage 3: Bertrand Piccard hob am 1. März 1999 in Chateau d'Oex vom Boden ab und landete 21 Tage später in der ägyptischen Wüste.
Frage 4: Bosco/Gurin. Die am Ende eines Seitennamens des Maggiateles gelegene Gemeinde wurde im 13. Jahrhundert von den Walsern gegründet. Die extreme Abgeschiedenheit des Dorfs hat dazu geführt, dass sich der deutsche Dialekt der Walsen bis heute erhalten hat.
Frage 5: Der Gipfel kann per Seilbahn ab Fräküntegg (Kt.LU) oder per Drahtseilbahn ab Alpnachstad (Kt. OW) erreicht werden. Der höchste Punkt des Pilatus liegt zu gleichen Teilen auf dem Gebiet der Kantone Nidwalden und Obwalden.



Die Partei des Mittelstandes

Die SVP bewegt

6. SVP-Grümpelturnier

Samstag, 14. Juli 2012

ab 10.00 Uhr bis ca. 16.00 Uhr

Reitplatz, Winterthur Töss

Grosses SVP-Grümpi mit Festwirtschaft, Pokalen, Plausch, Musik und vielem mehr!

Kategorien (es gibt keine Altersbeschränkung):

- **Plausch Sie und Er** (6 Spieler, davon mindestens 2 Damen)
- **Männer** (6 Spieler)

Auch Einzelspieler sind willkommen, nach Möglichkeit wird ein Team zusammengestellt.

Teilnahmegebühr: Fr. 50.- pro Team. Anmeldungen ab sofort im Internet über www.svp.ch oder per Mail an imobersteg@svp.ch.
Auskünfte erteilt Ariane Imobersteg (Tel. 031 300 58 58).

Anmeldeschluss: 1. Juli 2012



Anmeldetalon

Name: Vorname:

Adresse:

E-mail: Natel:

Kategorie: Plausch Sie und Er Männer Einzelspieler

Mannschaftsname: